



Pressemeldung

Zum Weltreligionstag am 17. Januar 2021 fordert der Beauftragte der Bundesregierung für weltweite Religionsfreiheit, Markus Grübel MdB, ein Ende der Diskriminierung und Verfolgung der Bahá'í-Gemeinschaften in Iran:

„Ich fordere die iranische Regierung dazu auf, die Bahá'í als religiöse Gemeinschaft anzuerkennen und die Rechte aller religiöser und weltanschaulicher Minderheiten zu achten. Auch Christen, Juden und Zoroastrier und andere Gemeinschaften müssen ihren Glauben frei leben können. Die Kriminalisierung von Konversion, auf die die Todesstrafe droht, muss abgeschafft werden. Religions- und Weltanschauungsfreiheit ist ein universelles Recht, das für jeden Menschen gleichermaßen gilt.“

Am 17. Januar 2021 jährt sich der Weltreligionstag. Der Aktionstag wurde im Jahr 1950 von der Nationalen Geistlichen Versammlung der Bahá'í in den Vereinigten Staaten ins Leben gerufen und wird weltweit von den Bahá'í und anderen Religionsgemeinschaften gefeiert. Er stellt die Gemeinsamkeiten der Weltreligionen in den Mittelpunkt und fordert die Menschen aller Religionen dazu auf, sich auf ihre gemeinsamen Werte von Respekt und Toleranz zu besinnen und sich für Frieden und Gerechtigkeit in der Welt einzusetzen.



Seite 2 von 2

Markus Grübel:

„In einer Welt, in der Religionen nach wie vor für Konflikte missbraucht werden und in der religiöse Minderheiten vielerorts staatlichen und gesellschaftlichen Repressionen ausgesetzt sind, ist der Weltreligionstag ein wichtiges Zeichen für eine konstruktive Zusammenarbeit zwischen und mit den Religionen. Die Bahá'í-Gemeinschaft in Iran ist seit ihrer Entstehung 1844 Diskriminierung und systematischer Verfolgung durch die Regierung ausgesetzt. Anders als Juden, Christen und Zoroastrier werden die Bahá'í von der schi'itisch geprägten Regierung nicht anerkannt. Sie dürfen ihren Glauben nicht öffentlich leben und leiden unter willkürlichen Verhaftungen und Folter. Bildungseinrichtungen und Gebetshäuser werden oftmals angegriffen oder gar zerstört. Kinder werden eingeschüchert, der Zugang zu höherer Bildung wird den Bahá'í verwehrt.

Seit Januar 2020 gilt ein neues Formular zur Beantragung von Personalausweisen in Iran. Seitdem können religiöse Minderheiten, die nicht offiziell anerkannt sind, ihre Religionszugehörigkeit auf dem Personalausweis nicht mehr angeben. Die Bahai und weitere Minderheiten werden damit vor die Wahl gestellt, auf die Beantragung eines Personalausweises – und damit auf ihre Teilhabe am öffentlichen Leben – zu verzichten oder ihren Glauben zu verleugnen, indem sie eine andere Religionszugehörigkeit angeben.

Gerade auch durch die Corona-Pandemie hat sich die politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Diskriminierung der Bahá'í verschärft. Die Gemeinschaft berichtet von zunehmenden Verhaftungen, Vertreibungen und Enteignungen von Grundbesitz. Im August 2020 hat ein Gericht ein Urteil bestätigt, das Landbesitz der Bahá'í im nordiranischen Dorf Ivel als „illegal“ bezeichnet.

Markus Grübel MdB
Beauftragter der Bundesregierung für weltweite Religionsfreiheit